

# **Wahlprogramm**

## **zur Kommunalwahl in Trier am 26. Mai 2019**

Kostenlos mobil sein.

Preiswert wohnen.

Selbstbestimmt leben.

**DIE LINKE.**

**DIE LINKE. Trier**  
**Paulinstr. 1-3**  
**54292 Trier**

**Telefon: (06 51) 99 18 99 85**  
**Email: [mail@die-linke-trier.de](mailto:mail@die-linke-trier.de)**  
**[www.die-linke-trier.de](http://www.die-linke-trier.de)**

**Verantwortlich im Sinne**  
**des Presserechts:**  
**Katrin Werner**

# Inhalt

I.	Wir wollen mehr...	3
II.	Soziales und Wohnen	4
	a) Kinder- und jugendfreundliche Stadt	4
	b) Beste Betreuung und Pflege im Alter!	6
	c) Medizinische Versorgung und Pflege	6
	d) Bezahlbarer Wohnraum	8
	e) Mietpreissperre	10
	f) Gelebte Inklusion	10
	g) Migration	11
	h) Antifaschismus	13
	i) Geschlechterpolitik	14
III.	Bildung, Erziehung und Kultur	15
	a) Für bessere KiTas in Trier	15
	b) Schulische Bildung, Erziehung und Betreuung	17
	c) Kommunale Bildungslandschaft – lebenslanges Lernen	18
	d) Kultur, Freizeit, Sport, Kunst	18
IV.	Mobilität, Umwelt und Wirtschaft	23
	a) Verkehr und Infrastruktur	23
	b) Energie und Umwelt	25
	c) Wirtschaft und Einzelhandel	27
	d) Digitalisierung	29
V.	Kommunale Demokratie, Verwaltung und Finanzen	31
	a) Mitbestimmung, Demokratie	31
	b) Bürger*innenfreundliche Verwaltung	33
	c) Finanzen und Steuern	34

## **Wir wollen mehr...**

Noch nie ging die Schere zwischen „Arm und Reich“ so weit auseinander wie heute. Das spüren wir auch in Trier. Während der Reichtum weniger Menschen wächst, wird der Wohnraum teuer. Während Trier eine Erlebnisstadt für viele Tourist\*innen ist, müssen Alleinerziehende, Rentner\*innen, Sozialleistungsempfänger\*innen, Student\*innen und Auszubildende sparen, um Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen zu erhalten. Während der Verkehr in Trier boomt, sind die Tickets für den ÖPNV wieder teurer geworden. Während die Welt nach Trier kommt, ist Trier vom Fernverkehr abgehängt.

Für DIE LINKE in Trier sind dies Entwicklungen, die wir nicht mehr hinnehmen wollen. Wir wollen mehr!

Wir wollen eine bedürfnisorientierte Sozialpolitik, die an den Geldbeutel und die realen Lebensverhältnisse der Trierer\*innen angepasst ist.

Wir wollen eine Bildungspolitik, die von der KiTa über die Schule und Ausbildung bis zur Hochschule allen kostenlosen Zugang und Teilhabe bietet.

Wir wollen Trier demokratisieren: Bereiche des öffentlichen Lebens wie Wohnen, Ausweisung von Neubaugebieten, Kultur und kommunale Finanzen sollen von allen mitdiskutiert und mitentschieden werden können.

Und wir wollen ein Trier, in dem soziale Gerechtigkeit, das Miteinander und Inklusion großgeschrieben werden und in dem Barrierefreiheit eine Selbstverständlichkeit ist!

Wir wollen mehr... und deswegen tritt DIE LINKE am 26. Mai 2019 zur Kommunalwahl an, um gerechte, soziale, ökologische und inklusive Gestaltungsräume in der Trierer Kommunalpolitik zu schaffen.

Darum kümmern wir uns!

# **I. Soziales und Wohnen**

## **a) Kinder- und jugendfreundliche Stadt**

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume für eigene Erfahrungen und zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Freiräume ermöglichen Kindern und Jugendlichen neue Perspektiven auf die Welt. Sie können Alternativen aufzeigen und ein solidarisches Zusammenleben abseits von Leistungsdruck und Konkurrenz erfahrbar machen. Die Interessen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen müssen in die Planung und Gestaltung von Spiel- und Erlebnisräumen einbezogen werden.

### **Städtische Spielräume und Erfahrungsräume ausbauen!**

Kinder verstehen ihr Lebensumfeld als Ort des Entdeckens und suchen immer und überall nach Möglichkeiten der freien Entfaltung. Der weitere Ausbau und die Sanierung von Spielplätzen ist notwendig, aber erfüllt dieses Bedürfnis nur teilweise. Insbesondere für Kinder ist eine qualitätsvolle Gestaltung von Freiräumen einschließlich einer sicheren Erreichbarkeit und Zugänglichkeit dieser Orte von großer Bedeutung. Viele Städte haben die Relevanz von Freiräumen sowie ihrer Nutzung durch Kinder und Jugendliche erkannt und das Leitbild einer kinder- und jugendfreundlichen Kommune fest verankert. Kinder und Jugendliche sind bei allen Planungen zu beteiligen. Deshalb fordert DIE LINKE eine über den Bau von Spielplätzen hinausgehende Verankerung der Sozialraumorientierung in der räumlichen Planung Triers, damit kindergerechte Freiraumplanung, Verkehrsplanung und Spielraumleitplanung die Bedeutung bekommen, die ihnen zusteht.

### **Räume für Jugendliche und junge Erwachsene schaffen!**

Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Orte und Freiräume. Die Verfügung über eigene Räume, in denen sie sich mit anderen treffen und sich entwickeln können, ist von fundamentaler Bedeutung. Hier können sie Verantwortung übernehmen und die direkten Erfolge ihres Engagements erfahren.

Wir setzen uns für eine jugendgerechte Raumplanung sowie die Schaffung eines jugendfreundlichen Wohnumfelds ein. Deshalb fordert DIE LINKE, dass das Recht auf Beteiligung für Jugendliche und junge Erwachsene bei allen raumplanerischen Entscheidungen gewährleistet wird. Sozialer Raum und das Handeln der Bezugsgruppe sind immer miteinander verbunden. Der Raum wird genutzt, umgewidmet, besetzt. Deshalb fordert DIE LINKE die Einrichtung und Instandhaltung verfügbarer öffentlicher Räume sowie mehr Kooperationen zur Nutzung öffentlich zugänglicher Sportplätze und Bildungseinrichtungen. Wir setzen uns dafür ein, dass vielfältige andere Möglichkeiten geschaffen werden, wie z.B. Skateparks oder öffentliche Räume mit Graffiti-Flächen. DIE LINKE wird weiter dafür kämpfen, dass für offene Jugendarbeit und Angebote für junge Menschen in Trier mehr Geld im Haushalt eingestellt wird. DIE LINKE fordert, dass Trier als Universitätsstadt ein kreatives und vielseitiges Angebot schafft, welches

Jugendlichen und jungen Erwachsenen zielgruppengerechte Räumlichkeiten in allen Stadtteilen vorhält. In diesen kann Freizeit kostenlos verbracht werden.

### **Exhaus bleibt!**

Der Fortbestand des Exhauses in seiner bisherigen Form als Zentrum für Betreuungs- und Sozialarbeit sowie als Freiraum für Jugend und Kultur steht für uns vor diesem Hintergrund außer Frage. Wir werden auf kommunaler Ebene alles dafür tun, dem Exhaus die benötigten finanziellen Mittel zu beschaffen und es bei jeglichen bürokratischen und anderen Hürden zu unterstützen! Diese Hürden wollen wir abbauen und Kompromisse, sowie Veranstaltungsorte finden. Wir wollen aber mehr: DIE LINKE tritt dafür ein, auch in anderen Stadtteilen Einrichtungen aufzubauen, die solche Arbeit leisten.

### **Jugendhilfe finanziell und personell aufstocken!**

DIE LINKE kritisiert die zunehmende Ökonomisierung der Jugendhilfe in Deutschland. Wir wollen in Trier dafür eintreten, dass die Vergabe von Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe nicht bevorzugt unter ökonomischen, sondern weiterhin unter fachlichen Gesichtspunkten erfolgt. Es darf nicht sein, dass eine Jugendhilfemaßnahme, wie beispielsweise die Inobhutnahme eines Jugendlichen, aus finanziellen Gründen nicht zustande kommt, obwohl diese von der betreuenden Fachkraft für unausweichlich gehalten wird. Es müssen räumliche und personelle Kapazitäten geschaffen werden, um bedarfsgerechte Maßnahmen zu ermöglichen. Dem Diktat des Ökonomischen im Bereich der Hilfen zur Erziehung werden wir entschieden entgegentreten. Die Kommunen, welche fast die gesamte Finanzierung der Jugendhilfe übernehmen, müssen ausreichend Ressourcen für diese Arbeit zur Verfügung gestellt bekommen, damit sie ihre notwendigen Aufgaben angemessen erfüllen können. Die unterschiedliche Finanzausstattung der Jugendämter durch die Kommunen verhindert Chancengleichheit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Falldichte der Mitarbeiter\*innen des Jugendamtes in Trier gesenkt wird. Den Sachbearbeiter\*innen muss ausreichend Zeit zur Verfügung stehen, dem Kindeswohl entsprechend zu entscheiden und zu handeln. Hierfür müssen die nötigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die freien Träger die Mittel erhalten, die sie für die tariftreue Bezahlung ihrer Beschäftigten und deren anspruchsvolle und wichtige Arbeit benötigen.

### **Freie Jugendarbeit stärken!**

Freie Jugendarbeit finanziert sich, wie viele andere Bereiche, oft über projektgebundene Fördermittel. Dadurch entsteht ein hoher Aufwand, von der Suche nach geeigneten Fördertöpfen über die Antragstellung bis zum Nachweisverfahren. Für Ehrenamtliche schafft das hohe Hürden und auch bei Einrichtungen und Verbänden mit hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen werden dadurch Kräfte gebunden. Um die freie Jugendarbeit in der Stadt zu stärken, fordert DIE LINKE eine institutionelle Förderung für diese. Bürokratische Hürden zur Erlangung von Fördermitteln müssen abgebaut werden.

## **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Jugendfreundliche öffentliche Räume schaffen!**
- **Jugendliche bei Raumplanung beteiligen!**
- **Kein Stadtteil ohne Jugendraum!**
- **Offene Jugendarbeit finanziell stärken!**
- **Entgeltfreie Freizeitangebote schaffen!**
- **Sportstätten öffnen!**
- **Bau von Freizeitanlagen!**
- **Stadtteilbezogene soziale Arbeit ausbauen!**
- **Jugendpolitik als eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen fördern!**

### **b) Beste Betreuung und Pflege im Alter!**

Vor Ort, in den Stadtteilen und Nachbarschaften müssen die vorhandenen Unterstützungsangebote besser zusammenwirken, etwa in kommunalen städtisch geförderten Beratungs- und Versorgungszentren. Dazu gehört auch die Verankerung aufsuchender Sozialarbeit, die präventiv und schnell auf kurzfristig oder langfristig veränderte Bedarfe der Senior\*innen reagieren kann. DIE LINKE tritt ein für eine ganzheitliche und wohnortnahe Versorgung und eine kleinräumigere Pflege, die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert. Für den Ausbau kommunaler Pflegestützpunkte, die individuelle Beratung und Unterstützung bieten oder für die Entwicklung sozialmedizinischer Gesundheitszentren, in denen die gesamten sozialen Bedingungen der Kommune, des Ortsbezirkes oder der Nachbarschaft mit in den Blick genommen werden können, setzen wir uns ein.

Der Senior\*innenbeirat hat seine Arbeit aufgenommen und das Senior\*innenbüro blickt auf viele Jahre erfolgreicher Arbeit zurück. Daneben fordert aber DIE LINKE die Einrichtung eines Arbeitskreises „Älter werden“ in dem unter Beteiligung aller Institutionen, Träger und Interessensgruppen, der Bürger\*innen, der Ortsbeiräte sowie der Fraktionen regelmäßig und mehrfach im Jahr auf der Grundlage der Ergebnisse eines ganzheitlichen städtischen Monitorings „Älter werden in Trier“ konkrete Handlungsschritte für ein würdiges Älterwerden im Wohnumfeld entwickelt werden.

### **c) Medizinische Versorgung und Pflege**

#### **Gegen zunehmende Privatisierung und Profitmaximierung!**

Im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist eine Stadt u.a. für Krankenhäuser, Betreuung und Pflege älterer Menschen, die ärztliche Versorgung und die

Hebammenversorgung verantwortlich. Für DIE LINKE hat in der kommunalen Daseinsvorsorge beste Versorgungsqualität und -sicherheit der Bevölkerung Vorrang vor allen anderen Zielen. DIE LINKE setzt sich darum für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft ein. Das Wohl der Menschen muss vor Profiten kommen. Darum muss sich die Stadt die Aufgabe setzen, Gesundheit und Pflege als elementare Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht dem Markt zu überlassen.

### **Krankenhausinfrastruktur verbessern!**

Trier verfügt über kein eigenes kommunales Krankenhaus. Die beiden Trierer gemeinnützigen Krankenhausgesellschaften, Mutterhaus und Brüderkrankenhaus, arbeiten in eigener Zuständigkeit und Verantwortung nach rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. So wird z.B. im Brüderkrankenhaus eine neue Luxusstation für Privatpatienten gebaut anstatt in andere Bereiche zu investieren und so ist die Eröffnung neuer Spezialbereiche im Mutterhaus zwar begrüßenswert, aber nicht wenn dafür Personal von anderen Bereichen abgezogen wird. Dort, wo Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund, sondern das Streben nach Wirtschaftlichkeit und Profit. DIE LINKE setzt sich grundsätzlich für eine öffentlich organisierte und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung ein. DIE LINKE macht sich dafür stark, den Krankenhäusern den Druck zu nehmen, mit zu wenig Beschäftigten zu viele Patient\*innen in kürzester Zeit behandeln zu müssen. Denn dieser Druck führt zu schlechten Arbeitsbedingungen, zu Stellenkürzungen und zu Ausgliederungen. DIE LINKE kämpft für höhere Löhne und für gute Arbeitsbedingungen. Wir sind gegen personelle Kürzungen. Die Krankenkassen und die Länder müssen die Kliniken angemessen finanzieren und müssen eine flächendeckende Krankenhausinfrastruktur aufrechterhalten. Insbesondere Kinderstationen und kleinere Entbindungsstationen sind auch in Trier chronisch unterfinanziert. Wir kämpfen für den Erhalt der Notfallversorgung. Wir fordern die Verbesserung der Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zwischen den Krankenhäusern und der Stadt. Um das zu erreichen, wollen wir die Krankenhausversorgung kommunalisieren. Dadurch kann die Stadt eine bedarfsgerechte Versorgung sicherstellen, insbesondere in Bereichen, die in gewinnorientierten Kliniken von Einsparungen bedroht sind.

Die Geburtshilfe ist in der Krise. Es gibt zu wenige Hebammen und die Hürden in diesem Beruf sind sehr hoch. Die Geburtshilfe ist nicht profitabel. Diese Situation geht zu Lasten der Hebammen und der Schwangeren. Geburten sollen berechenbar gemacht werden, um eine wirtschaftliche Abwicklung zu ermöglichen, anstatt die Bedürfnisse der Frauen in den Vordergrund zu stellen. Eine Folge ist, dass der Kaiserschnitt in vielen Fällen angewandt wird, in denen es keinen medizinischen Grund dafür gibt. DIE LINKE will durch eine kommunale und bedarfsgerechte Krankenhausinfrastruktur eine angemessene Ausstattung der Entbindungsstationen erreichen. Wir wollen, dass Schwangere die Möglichkeit haben, eine Begleitung und Beratung durch gut ausgebildete Hebammen in Anspruch zu nehmen. Darum soll die Stadt die Ausbildung von Hebammen fördern. Die Einrichtung einer Hebammenzentrale unterstützen wir. Jedoch muss es von öffentlicher Seite sehr viel mehr Unterstützung geben, etwa bei Versicherungsbeiträgen. Die Stadt soll sich beim Land dafür einsetzen, dass die

Möglichkeit einer wohnortnahen Entbindung auch durch den Krankenhausplan garantiert wird.

Die Möglichkeit, eine Schwangerschaft zu beenden, muss Frauen offen stehen. Das Recht auf Selbstbestimmung ist in der jetzigen Situation nicht gewährleistet. Um einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, müssen ungewollt Schwangere bis nach Saarbrücken fahren. DIE LINKE tritt dafür ein, in Trier eine kommunale Klinik für Schwangerschaftsabbrüche aufzubauen. Die Stadt soll sich beim Bildungsministerium des Landes dafür einsetzen, dass Schwangerschaftsabbrüche Teil der Facharztausbildung werden. Das Land soll einen Versorgungsplan erstellen, der die Möglichkeit eines wohnortnahen Schwangerschaftsabbruchs garantiert. Wir wollen uns aber nicht allein auf die Regierung in Mainz verlassen müssen. Im Rahmen einer Kommunalisierung der Krankenhäuser sollen entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten für Ärzt\*innen geschaffen werden. Freiwillige Beratung wollen wir stärken. Dazu sollen Organisationen wie z.B. Pro Familia mit mehr Geld ausgestattet werden. Die Stadt soll auf Beratungsstellen durch Infomaterial und auf ihrer Homepage aufmerksam machen.

**Deshalb fordert die Linke:**

- **Privatisierung und Profitmaximierung stoppen!**
- **Notstand der Krankenhäuser beenden!**
- **Bedarfsgerechte Krankenhausversorgung!**
- **Gute Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in den Krankenhäusern!**
- **Kinder- und kleinere Entbindungsstationen erhalten!**
- **Notfallversorgung sicherstellen!**
- **Pflegepersonal am Bedarf ausrichten!**

#### **d) Bezahlbarer Wohnraum**

Jeder Mensch braucht einen Ort, an den er sich zurückziehen und an dem er sich wohl fühlen kann. Doch nicht jeder Mensch hat die finanziellen Mittel zur Verfügung, um sich eine lebenswürdige Wohnung leisten zu können. Mittlerweile reichen auch mittlere Einkommen oft nicht mehr für eine Wohnung. Zugleich sind städtische Wohnungen zum Teil in einem sehr schlechten Zustand. Feuchtigkeit, Schimmel, teils sogar Brandschäden sind nur einige der Missstände. Dringend notwendige Sanierungen werden zu Lasten der Mieter\*innen aufgeschoben. Deswegen ist es gesetzliche Aufgabe des deutschen Sozialstaates, Wohnen zu gewährleisten und die Kommunen mit genügend Geld auszustatten, um den Bau von Sozialwohnungen umzusetzen und den Wohnungsmarkt so zu gestalten, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Doch dieser Aufgabe wird immer weniger nachgegangen, was nicht nur die Kommunen, sondern auch die davon betroffenen Menschen in Bedrängnis bringt. DIE LINKE fordert deshalb die Rekommunalisierung von Wohnraum privater Gesellschaften und die



Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Wir fordern ein striktes Verkaufsverbot für städtische Immobilien und Grundflächen. Wir kämpfen stattdessen dafür, dass die Stadt Grundstücke neu erwirbt bzw. rekommunalisiert, um darauf durch den Neubau geförderter städtischer Wohnungen mit dauerhafter Mietpreisbindung das Angebot an bezahlbaren Wohnraum in Trier drastisch zu erhöhen. Damit Wohnraum für alle Trierer\*innen bezahlbar bleibt, fordern wir mindestens 50% geförderten Wohnraum mit Mietpreisbindung bei allen größeren Wohnungsbauvorhaben privater Unternehmen. Leerstände und Grundstücksbrachen im innerstädtischen Bereich müssen erfasst und Spekulation finanziell sanktioniert werden. Wir setzen uns deshalb für eine Abgabe auf Leerstände ein. Zudem streben wir eine Kommunalisierung leerstehender Gebäude an. Dadurch sollen Flächen für bezahlbaren Wohnraum auch in zentraler Lage gewonnen werden. Zweckentfremdungen, etwa durch Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung über Airbnb, wollen wir eindämmen, z. B. durch Abgaben oder ein Zweckentfremdungsverbot, wie es in Berlin bereits eingeführt ist. Familien oder Rentner sind durch hohe Straßenausbaubeiträge gefährdet, ihr Eigentum zu verlieren, das wollen wir verhindern. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, ohne die Kommunen finanziell schlechter zu stellen.

#### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Die Stadt Trier soll den Ausbau von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum durch finanzielle Mittel von Bund und Land vorantreiben!**
- **Finanziell geförderter Wohnungsbau muss zu 100% barrierefrei sein!**
- **Es soll ein Aktionsplan für Trier entwickelt werden, wie sämtliche Wohnungen in Trier barrierefrei gestaltet werden können!**
- **Bestehende Wohnungen müssen durch die Stadt und ihre Gesellschafter in einem einwandfreien Zustand erhalten werden!**
- **Die Stadt Trier soll sich für die Erschließung von Wohnflächen einsetzen, die dem Bund gehören (z.B. Burgunderstraße)!**
- **Grundstücksverkäufe nur durch Konzeptvergabe!**
- **Verdichtungen nicht um jeden Preis!**
- **Stadtkerne stärken, anstatt zu zersiedeln!**
- **Ausbau des kommunalen Wohnungsbestandes!**
- **Turnusmäßige Sanierung aller städtischen Wohnungen!**
- **Einrichtung einer Beschwerdestelle für maroden Wohnraum und nachlässige Vermieter!**
- **Straßenausbaubeiträge abschaffen**

## e) Mietpreissperre

Die letzten Jahre zeigten eine deutliche Steigerung der Mietpreise und zunehmende Gentrifizierung. In Trier West sind viele Häuser und Grundstücke an der Luxemburger Straße verkauft worden. Dort entstehen aber keine bezahlbaren Wohnungen, sondern teure, die gewinnträchtig vermietet oder verkauft werden. Für die Menschen in Trier West bedeutet das, dass sie allmählich verdrängt werden. Auch Wohnungen in innerstädtischen Bezirken werden flächendeckend von privaten Immobilienfirmen aufgekauft und teurer vermietet. In vielen Fällen werden weniger wohlhabende Mieter\*innen aus den Wohnungen geworfen. Aufgrund dieser Tendenz sind einkommensschwache Menschen genötigt, vermehrt in Außenbezirke zu ziehen. Sie werden dadurch von der innerstädtischen Infrastruktur abgeschnitten, haben längere Wege zum Einkaufen und werden auch von kulturellen Angeboten eher ausgeschlossen, weil der ÖPNV für sie zu teuer oder nicht erreichbar ist. Mögliche Folge ist die Verelendung ganzer Stadtrandbezirke, welche die Attraktivität einer Stadt erheblich senkt. In diesem Fall ist die Einführung einer kommunalen Mietpreissperre sinnvoll, um solchen Entwicklungen vorzubeugen.

### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Die Stadt soll eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft gründen, um den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben und bisherige Wohnungen in einem lebenswürdigen Zustand zu erhalten!**
- **Die Stadt Trier soll mit Hilfe des Mietspiegels das Wohngeld dergestalt anheben, dass Wohnungen auch von Leistungsberechtigten angemietet werden können!**
- **Die Stadt Trier muss im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eine Mietpreissperre installieren!**
- **Milieuschutzgebiete festlegen!**

## f) Gelebte Inklusion

Jeder Mensch hat das Recht auf gleiche gesellschaftliche Teilhabe. Das bedeutet, alle Menschen müssen gleichermaßen Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen haben. Der öffentliche Nahverkehr, die medizinische Versorgung, die Bildungseinrichtungen, die Infrastruktur in der Stadt und die öffentlichen Einrichtungen wie Ämter und Behörden, aber auch private Einrichtungen müssen so gestaltet sein, dass alle sie nutzen können.

Einerseits bedeutet dies, dass sie für alle Menschen, ob mit oder ohne Behinderungen, zugänglich sein müssen. Die baulichen Barrieren, die diese Zugänglichkeit verhindern, müssen abgebaut werden und es dürfen keine neuen Barrieren entstehen. Andererseits müssen auch sprachliche Barrieren abgebaut werden. Informationen müssen so

formuliert sein, dass sie für alle Menschen verständlich sind. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die einfache Sprache in allen gesellschaftlichen Bereichen eine weitere Verbreitung erlangt.

Inklusion umfasst alle Bereiche des Lebens, von der Erziehung, Mobilität bis zum Bauen. DIE LINKE tritt ein für einen Anspruch auf Assistenz, wo diese nötig ist. Alle Menschen sollen unabhängig von ihrem Geldbeutel ein Recht auf die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Dadurch soll allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden.

In diesem Sinne ist Inklusion zu verstehen und umzusetzen. Inklusion ist Menschenrecht für alle. Inklusion ist nicht auf Menschen mit Behinderungen reduzierbar. Wir wollen den besonderen Bedürfnissen aller Menschen Rechnung tragen. Allen Menschen soll ein Leben in der Mitte der Gesellschaft ermöglicht werden.

**Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **ab sofort keine neuen Barrieren zu errichten und bestehende Barrieren jeglicher Art in allen Lebensbereichen energisch abzubauen!**
- **bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage und -phase und in jedem gesellschaftlichen Bereich!**
- **Festschreibung des Anspruchs auf Hilfsmittel!**
- **flächendeckende, sozial und inklusiv ausgestaltete Infrastruktur, einschließlich finanziell langfristig abgesicherter, unabhängiger, barrierefreier Beratung!**
- **ausreichende Anzahl an barrierefreien Toiletten im öffentlichen Raum!**
- **Anspruch eines Kindes auf ganztägige, gebührenfreie inklusive Bildung/Betreuung in Kindertagesstätten!**
- **konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention!**
- **den kommunalen Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen stärken!**

## **g) Migration**

Viele Menschen suchen auf der Flucht vor Krieg oder Verfolgung Schutz in Deutschland und kommen dabei auch nach Trier. Auch aus vielen anderen Gründen ziehen Menschen

aus dem Ausland zu uns. Wir heißen die neuen Nachbar\*innen willkommen und setzen uns für eine bestmögliche Integration in die Gesellschaft ein.

Wir wollen ein gutes Leben für alle Menschen ermöglichen. Dazu gehört für uns, dass auch Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland frei und selbstbestimmt leben dürfen – ohne Ausgrenzung und ohne die ständige Gefahr einer Abschiebung. Das Damoklesschwert der Abschiebung behindert die Bemühungen um eine erfolgreiche Integration und öffnet der Ausbeutung Eingewanderter Tür und Tor.

Stattdessen wollen wir die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration aller Migrant\*innen vorantreiben. Wir wollen die Stadt dazu bewegen, Soziallotsen zu schulen. Diese sollen Migrant\*innen, älteren Menschen und Menschen mit geringem Einkommen bei Behördengängen und im Umgang mit Ämtern helfen.

Um eine gelungene Integration sicherzustellen, ist das Erlernen der deutschen Sprache von zentraler Bedeutung. Wir wollen daher die Angebote und Fördermittel für Sprachkurse bedarfsgerecht ausbauen. Integrationskurse, die Migrant\*innen die wesentlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens, unserer Kultur und unserer Geschichte vermitteln, wollen wir fördern. Insbesondere für Kriegsflüchtlinge wollen wir zusätzliche Angebote zur psychologischen Betreuung schaffen, da diese häufig mit schweren Traumata zu uns kommen.

Wir wollen eine gleiche und gemeinsame Schulbildung für Kinder jeder Herkunft von Anfang an ermöglichen und so ein aufgeschlossenes Zusammenleben ohne Vorurteile oder Berührungssängste sicherstellen.

Wir wollen allen Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen, auch Asylbewerber\*innen. Sozialleistungen für Eingewanderte sollen nicht niedriger sein als für hier geborene Menschen. Die Stadtverwaltung muss bei Einstellungen darauf achten, dass auch Menschen mit Migrationshintergrund mit einem angemessenen Anteil vertreten sind, um hier ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden.

Die Geflüchteten, für deren Unterbringung die Stadt Trier zuständig ist, wollen wir nicht in zentralen Aufnahmeeinrichtungen, sondern dezentral im gesamten Stadtgebiet verteilt in Wohnungen unterbringen. So wird eine gute Integration ermöglicht.

#### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Sofortiger Abschiebestopp!**
- **Mehr Sprach- und Integrationskurse!**
- **Gleiche Chancen im Berufsleben!**
- **Interkulturellen Austausch fördern!**
- **dezentrale Unterbringung von Geflüchteten!**

## **h) Antifaschismus**

Demokratische Erziehung und Bildung sind unerlässlich im Kampf gegen rechts. DIE LINKE will daher Programme ausbauen, die sich diesen Aufgaben widmen. Der Bürokratieaufwand bei der Verwaltung und den Projektträgern soll so niedrig wie möglich gehalten werden. Organisationen und Vereine, die für Vielfalt, Respekt und Demokratie eintreten, wollen wir stärken. Wir wollen, dass die Stadt Akteure wie den Verein für ein buntes Trier e.V. oder das Multikulturelle Zentrum durch ein klares Bekenntnis zu deren Arbeit und finanzielle Unterstützung stärkt.

Unsere Solidarität gilt denen, die aus Motiven der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit angefeindet und ausgegrenzt werden. Darum wollen wir die mobile Opferberatung ausbauen. Wir wollen eine alters- und zielgruppengerechte Aufklärung über Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Autoritarismus an Schulen und in der Öffentlichkeit. Dazu eignen sich z. B. Projektstage, die von Organisationen wie dem Netzwerk für Demokratie und Courage für verschiedene Zielgruppen angeboten werden. Rechte Straftaten müssen konsequent aufgeklärt werden. Alle Menschen müssen in Trier ohne Sorge vor rechten Übergriffen leben können.

Naziaufmärsche und rechte Veranstaltungen, die es auch in Trier und der Region gibt, wollen wir verbieten, wo immer dies möglich ist. Wir rufen zum Protest gegen derartige Veranstaltungen auf! Wir werben für eine umfassende Unterstützung des antifaschistischen und antirassistischen Engagements durch die Stadt Trier sowie durch Land und Bund.

Es wird keine Zusammenarbeit der Linksfraktion mit rechten Parteien und Fraktionen im Trierer Stadtrat geben!

Wir wollen die NS-Verbrechen und die wenigen mutigen Antifaschist\*innen in Trier stärker beleuchten und so ins Bewusstsein rücken, wie fatal einst nicht nur das Mitmachen, sondern auch das Wegsehen großer Bevölkerungsteile war. So fristet der Trierer Hans Eiden, der an der Befreiung des KZ Buchenwald maßgeblich beteiligt war ein Schattendasein in der öffentlichen Wahrnehmung. Auch die Antifaschistin Orli Torgau wird in der Öffentlichkeit kaum gewürdigt.

Wir unterstützen die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“, also kleinen Gedenkplaketten vor den Häusern, in denen Opfer der Naziherrschaft zuletzt wohnten.

DIE LINKE hat sich immer für eine Umgestaltung des geschichtsrevisionistischen „Vertriebenenbrunnens“ am Augustinerhof ausgesprochen, der ein Deutschland in den Grenzen von 1937 glorifiziert. Wir fordern auch die Umbenennung von Straßen, Plätzen und Bauwerken, die einen fragwürdigen Namen tragen. Dazu zählt beispielsweise die Hindenburgstraße, die an den Reichspräsidenten und Antidemokraten erinnert, der wesentlich zum Aufstieg der NSDAP beigetragen hat. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist heute umso wichtiger, da die letzten Zeitzeug\*innen sterben und die Stimmen lauter werden, die einen Schlussstrich, also das Vergessen von NS-Diktatur und Massenmord fordern. Wir wollen ein Gedenken an die Opfer und Widerstandskämpfer\*innen, nicht an die Täter und ihre Steigbügelhalter.

## **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Entschlossenheit im Kampf gegen Rechts!**
- **Förderung Demokratie fördernder Projekte!**
- **Erinnerung und Aufarbeitung der Naziherrschaft!**
- **Keine historisch fragwürdigen Straßennamen!**

### **i) Geschlechterpolitik**

DIE LINKE tritt für die Gleichberechtigung der Geschlechter ein. Lohnungleichheit und ungleiche Karrierechancen wollen wir abschaffen. Wir fordern ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz und setzen uns auf kommunaler Ebene dafür ein, den Fokus bei den regionalen Arbeitgeber\*innen verstärkt auf dieses Thema zu richten. Zu diesem Zweck unterstützen wir als Bündnispartner im Trierer Aktionsbündnis Equal Pay Day zusammen mit den Gewerkschaften den alljährlich stattfindenden Equal Pay Day.

Wir wollen eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention. Die Istanbul-Konvention ist ein Übereinkommen des Europarates, das Gewalt an Frauen bekämpfen und verhindern soll. Insbesondere sollen Betroffene geschützt und alle Formen von Diskriminierung zurückgedrängt werden. Beratungs- und Hilfsangebote für Betroffene von häuslicher Gewalt wollen wir ausbauen. Insbesondere diese Angebote müssen niedrigschwellig zugänglich sein.

Bei der Beseitigung von Nachteilen bei der Beförderung und Bezahlung von Frauen soll die Stadtverwaltung eine Vorreiterrolle übernehmen. So wollen wir beispielsweise auch die Praxis bei der dienstlichen Beurteilung und Beförderung in der Stadtverwaltung im Hinblick auf strukturelle Benachteiligungen überprüfen.

Die Positionen der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten wollen wir stärken und die Zahl der Stellen in diesem Bereich aufstocken. Der bisherige Stellenumfang ist nicht ausreichend, um die Aufgaben wirkungsvoll erfüllen zu können.

Wir begrüßen das Gender Budgeting, also die Verwendung von Steuergeldern gleichermaßen für Männer und Frauen.

Alleinerziehende sollen besser bei ihren alltäglichen Problemen unterstützt werden. Dafür wollen wir Beratungsangebote stärken und das Jugendamt personell besser aufstellen.

In der Region Trier ist die legalisierte Prostitution zu einem großen Problem geworden. Wir setzen uns für eine wirkungsvolle Sozialarbeit mit Prostituierten ein und wollen die gesundheitliche, soziale und rechtliche Beratung in diesem Bereich stärken. Wichtig für den Kampf gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel ist es, die betroffenen Frauen bei ihrem Gang zur Polizei oder zu Organisationen zu unterstützen. Dafür müssen aber die aktuell bestehenden Hemmnisse beseitigt werden, wie beispielsweise eine fehlende soziale Absicherung oder drohende Abschiebungen. Wir brauchen ein

uneingeschränktes Bleiberecht und einen sofortigen Abschiebestopp für Sexarbeiter\*innen, die Menschenhandel oder Zuhälterei zur Anzeige bringen.

Sexistische Werbung, also Werbekampagnen, in denen Frauen herabgewürdigt oder zum Objekt gemacht werden, wollen wir im Stadtgebiet verbieten.

### **Gleiche Rechte auch für queere Menschen!**

Nicht nur bei der Gleichstellung von Frauen gibt es großen Nachholbedarf. Auch Homo- und Bisexuelle sowie Trans-/Intergender sind noch immer von zahlreichen Benachteiligungen betroffen. Queere Institutionen wollen wir daher fördern und in ihrer Arbeit unterstützen. öGewalt und Hass gegen queere Menschen treten wir entschlossen entgegen. Wir unterstützen auch Projekte der Schulaufklärung über LGBTI (= lesbisch, schwul, bisexuell, transgender & intersexuell), beispielsweise das Projekt „SCHLAU“ oder den „Kita-Koffer“. Bestehende Diskriminierungen für LGBTI-Menschen im Alltag wollen wir abbauen, z. B. indem dafür gesorgt wird, dass auch für Transgender öffentliche Toiletten eingerichtet werden. Die bisherige gute Zusammenarbeit von LGBTI-Institutionen wie dem Schmit-Z mit Linkspartei und Linksfraktion wollen wir fortsetzen und intensivieren.

### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Emanzipation vorantreiben!**
- **Gleiche Bezahlung und gleiche Aufstiegschancen!**
- **Alleinerziehende unterstützen!**
- **Sozialarbeit mit Prostituierten stärken!**
- **Sexistische Werbung verbieten!**
- **LGBTI endlich gleichstellen!**
- **SCHLAU-Projekt fördern!**

## **II. Bildung, Erziehung und Kultur**

DIE LINKE streitet für Bildungsgerechtigkeit, unabhängig Herkunft oder Einkommen. Alle Kinder müssen in einer sozialen und gerechten Stadt die gleichen Bildungschancen erhalten. Dabei ist für uns entscheidend, dass Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen, damit sie von ihrem unterschiedlichen Stärken und sozialen Kompetenzen profitieren. Bildung, Erziehung und Kultur sind unsere wichtigsten Ressourcen. Sie brauchen eine bedarfsgerechte Finanzierung, welche die persönliche und soziale Entwicklung eines jeden fördern.

### **a) Für bessere KiTas in Trier**

In Trier fehlen ca. 600 KiTa-Plätze. Deshalb setzt sich DIE LINKE für den Bau neuer Kindertagesstätten und für eine Aufstockung des dazugehörigen Personals ein. Einer Verschlechterung der Fachkraft-Kind-Relation u.a. durch personelle Umstrukturierungen tritt DIE LINKE energisch entgegen.

DIE LINKE fordert seit Jahren die Bereitstellung von mehr pädagogischem und interkulturell geschultem Personal in Kindertagesstätten, damit eine uneingeschränkte Teilhabe der Kinder umgesetzt und der anspruchsvolle Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag ohne Einschränkungen erfüllt werden kann. Die Fachkraft-Kind-Verteilung muss für alle Altersgruppen erheblich herabgesetzt werden. Wir kämpfen für einen guten Betreuungsschlüssel, der gewährleistet, dass die individuellen Bedürfnisse eines jeden Kindes mit qualitätsvollen Bildungsangeboten, fördernden Entwicklungsimpulsen und guter Betreuung erfüllt werden können.

DIE LINKE will mehr KiTas in kommunaler Hand. Neue KiTas sollen in städtischer Trägerschaft entstehen. Wir wollen dadurch den Anteil konfessionell ungebundener KiTas erhöhen. Das kirchliche Arbeitsrecht, insbesondere die Einflussmöglichkeiten des Arbeitgebers auf das Privatleben der Beschäftigten lehnen wir ab. Arbeitgeber dürfen nicht entscheiden, ob ein\*e Arbeitnehmer\*in wieder heiratet, ob jemand einer Religion angehört oder in welcher Beziehung jemand lebt. Ebenso kritisieren wir, dass die Rechte auf Arbeitnehmermitbestimmung stark eingeschränkt werden. Streikrecht und Betriebsräte sind Errungenschaften, für die die Arbeiter\*innenbewegung lange gekämpft hat. Sie schützen Arbeitnehmer\*innen und gewährleisten ihre Mitsprache und sind damit ein Stück Demokratie.

Im Besonderen setzen wir uns auch für den Erhalt der Ressourcen für die „Spiel- und Lernstube“ ein. Grundsätzlich muss die Stadt Trier auf besondere Bedingungen und Aufgaben und besondere pädagogische Konzepte mit einem großzügig angepassten Sozialraum- bzw. Konzeptbudget reagieren. Diese Budgets dürfen nicht von befristeten Fördermitteln abhängig sein, sondern müssen dauerhaft gewährleistet sein.

Die Hortbeiträge in Trier sind in den vergangenen Jahren gestiegen und Vergünstigungen für Geschwisterkinder wurden gestrichen. Das führt zu der Situation, dass eine Hortbetreuung zwar gebraucht wird, zugleich aber kaum noch Nachfrage besteht, einfach weil viele sich Familien die Plätze nicht mehr leisten können. DIE LINKE setzt sich darum für eine kostenlose Hortbetreuung ein. Für viele Familien, insbesondere für Frauen, die immer noch meist für Erziehung und Betreuung zu Hause bleiben, und für Alleinerziehende ist eine Ganztagsbetreuung der Kinder auch über das KiTa-Alter hinaus wichtig. Ohne gute Betreuung sind Familie und Beruf unvereinbar.

**Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Bedarfsgerechter Ausbau von KiTa-Plätzen in kommunaler Trägerschaft!**
- **KiTas anforderungsgerecht modernisieren und ausstatten!**
- **Verbesserung Kind-Fachkraft-Verteilung in Kindertagesstätten!**
- **Mehr flexible Ganztagsplätze!**
- **Mehr inklusive wohnortnahe KiTa!**
- **Kostenloses Essen in KiTas!**
- **Lern- und Spielstuben erhalten!**



- **Bessere standortbezogene personelle Ausstattung!**
- **Mehr Pädagog\*innen mit interkultureller Kompetenz!**
- **Erhöhung des Angebots konfessionsfreier KiTas!**

## **b) Schulische Bildung, Erziehung und Betreuung**

DIE LINKE fordert eine Schule für alle, damit alle Kinder die bestmögliche Bildung erhalten, die auf sie und ihre Fähigkeiten abgestimmt ist. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt aller wohnortnahen Schulen in den Ortsteilen ein. Viele Trierer Schulen weisen einen jahrzehntelangen Investitionsstau auf. Die Folgen zeigen sich an Gebäuden, die nicht mehr genutzt werden können, etwa der Egbert-Grundschule. DIE LINKE fordert, dass schulische Sanierungs- und Modernisierungsaufgaben wie z.B. Schultoiletten, Barrierefreiheit, WLAN, Mensen, Energieeffizienz, Freizeit- und Rückzugsräume und notwendige Neubauten, z. B. eine schulnahe Sporthalle für die BBS, mit oberster Priorität behandelt werden müssen. DIE LINKE fordert den Vorrang für Bildung und Soziales im städtischen Haushalt.

Unter dem Aspekt der Qualitätsentwicklung/-sicherung müssen Ganztagschulen personell qualitativ und quantitativ gut versorgt sein. DIE LINKE fordert daher für alle Trierer Schulen die Ausstattung mit mindestens einer/einem Schulsozialarbeiter\*in. Damit Inklusion gelingen kann, muss mehr Personal unterschiedlicher pädagogischer Professionen in den Schulen in multiprofessionellen Teams gewinnbringend für alle Kinder zusammenarbeiten können. Grundsätzlich fordert DIE LINKE einen kostenfreien Zugang zu Bildung auf allen Ebenen. Darin eingeschlossen ist ein qualitativ hochwertiges kostenloses Essensangebot. Im Gegensatz zu den Erhöhungen des Eigenanteils bei der Schüler\*innenbeförderung in Trier haben Kommunen in anderen Bundesländern mit den entsprechenden rechtlichen Grundlagen eine kostenlose Beförderung für Schüler\*innen aller Schulstufen umgesetzt. Dafür setzt sich DIE LINKE ein!

### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Überprüfung und Fortschreibung des Schulentwicklungsplans!**
- **Inklusive Schule für alle Schüler\*innen!**
- **Erhalt aller Schulen!**
- **Keine Teilung (Dislozierung) von Schulen !**
- **Höchste Priorität für Sanierung, Modernisierung und Neubau von Schulen!**
- **Schulsozialarbeit an allen Schulen!**
- **Mehr Lehrkräfte und pädagogisches Personal!**
- **Kleinere Klassen überall!**
- **Kostenloses Schulessen!**
- **Kostenfreie Schüler\*innenbeförderung!**

- **Ende des Personalmangels!**
- **WLAN an allen Schulen!**

### **c) Kommunale Bildungslandschaft – lebenslanges Lernen**

DIE LINKE will Trier in eine moderne Bildungslandschaft umwandeln. Dafür müssen Bildungsangebote ausgebaut und in die Kommunalpolitik eingebunden werden. Vorschulische Bildungsangebote müssen allen zugänglich sein und müssen von Bund und Land ausfinanziert sein. Es dürfen hier keine Kosten auf die Kommune übertragen werden.

Für die Schulen fordert DIE LINKE eine Überprüfung des Schulentwicklungsplanes in Bezug auf die Kriterien Inklusion, Bildungsgerechtigkeit und Bedarfsorientierung. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunale Bildungslandschaft nach schwedischem Vorbild inklusiver gestaltet wird und bei weiterführenden Schulen inklusive Gesamtschulen gefördert und ausgebaut werden.

Die Kommune soll sich beim Land dafür einsetzen, dass Azubis die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu ÖPNV, Kultur und Freizeiteinrichtungen erhalten wie Studierende.

Die Hochschulen in Trier müssen stärker eingebunden werden: Das kreative und wirtschaftliche Potential der Hochschulen soll gefördert werden und für die Region langfristig entwickelt werden. Studierenden muss der Zugang zu günstigen Wohnen eröffnet werden. Ihr kulturelles, ehrenamtliches und ökonomisches Engagement muss unterstützt und gefördert werden.

Die Erwachsenenbildung muss gefördert und kostengünstig gestaltet werden. Trier kann so ermöglichen, dass höhere Bildungsabschlüsse neben dem Beruf erlangt werden können. Weiterhin muss das Angebot an Alphabetisierungs- und Sprachkurse speziell für Erwachsene ausgebaut werden, um bessere Teilhabechancen für alle zu ermöglichen.

### **d) Kultur, Freizeit, Sport, Kunst**

Je stärker das Kultur-, Sport- und Freizeitangebot einer Kommune ausgeprägt ist, umso größer sind die Lebensqualität und die Bindung der Einwohner\*innen an ihren Wohnort. Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen erhöhen die soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen vor Ort und machen eine Kommune attraktiv und lebenswert. Kultur ist aber auch schon seit langem ein „weicher“ Standortfaktor, der interessant für Wirtschaft und Arbeitgeber\*innen ist. Die große kommunale Aufgabe der nächsten Jahre muss die Vernetzung dieser Kultur-/Sport-/Freizeitangebote zwischen städtischen Zentren und Landkreisen sein.

### **Finanzierung von Kulturinstitutionen**

In den letzten Jahren fand in Rheinland-Pfalz ein radikaler Kulturkahltschlag statt. Die Subventionen für Theater, Museen, Kulturangebote und Kulturevents wurden durch die Schuldenbremse enorm gekürzt. In den Kommunen wurden große Events, die auch Ausstrahlung auf ganz Deutschland und Europa hatten, weggekürzt (bspw. die Römerfestspiele). Mit diesen Events wurden nicht nur kulturelle Veranstaltungen eliminiert, sondern auch Bildungsangebote, die die einmalige Geschichte und Kultur von Rheinland-Pfalz gerade an jüngere Menschen vermitteln sollten. Gleichzeitig setzt die Politik auf stärkeres Engagement im Ehrenamt und in der freien Szene.

DIE LINKE positioniert sich nachdrücklich für den Erhalt und die Finanzierung kommunaler Kulturinstitutionen. Hierfür muss Kultur, die in der Landesverfassung als Aufgabe festgeschrieben ist, auch als eine Pflichtaufgabe des Landes verstanden werden. Zwischen dem Land, den Kreisen und den kreisfreien Städten muss eine Vereinbarung über die Beteiligung der Landkreise an den kulturellen Institutionen der Zentren getroffen werden. Gleichzeitig soll ein Konzept erarbeitet werden, welche Angebote Kulturinstitutionen den umliegenden Kreisen machen können, sodass der Zugang zu unterschiedlichen Formen der Kultur überall in Rheinland-Pfalz gewährleistet ist und sich nicht nur in den Kommunen konzentriert.

#### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Die Kommunen sollen beim Land darauf hinwirken, dass Kultur als Landesaufgabe verstanden wird und die Kulturinstitutionen ausreichend finanziert werden!**
- **Die Stadt Trier soll mit dem Landkreis ein kulturelles Kooperationsabkommen abschließen: Der Landkreis beteiligt sich finanziell an den Kulturinstitutionen der Stadt Trier und erhält dafür kulturelle Leistungen wie z.B. Ausstellungen, Konzerte und Theateraufführungen sowie theater- und museumspädagogische Angebote!**
- **Kulturelle Teilhabe für alle statt eines unübersichtlichen Rabattsystems. Das Ehrenamt-Ticket und die Trier-Card sollen für Menschen mit geringem Einkommen eingeführt werden!**
- **Kunst lebt von den Menschen und ihren Ideen und Initiativen! Arbeitsplätze in Kulturinstitutionen müssen deshalb erhalten bleiben!**
- **Kulturelle Teilhabe durch niedrige Preise soll allen ermöglicht werden!**

Die freie Kulturszene übernimmt in Rheinland-Pfalz unterschiedliche Aufgaben. Sie entwickelt pädagogische, historische sowie künstlerisch ergänzende Projekte zu den institutionalisierten Kulturbetrieben und engagiert sich in der Heimat- und Volkstumpflege. Diese Arbeit ist unverzichtbar und bedarf der Förderung.

In der freien Szene gibt es ehrenamtliches und freiberufliches Engagement. Freiberufliche Künstler\*innen haben einen künstlerischen Beruf erlernt, der auch ihre Lebensgrundlage ist. Diese Berufsgruppe bedarf der besonderen Förderung durch die Kommune. Die Kommune muss den Künstler\*innen eine Plattform geben. Dazu fordert DIE LINKE, dass die Kommune ein zentrales Kulturmanagement und -marketing einrichtet, das freischaffende Künstler\*innen vermarktet und in die Kulturlandschaft integriert. Die freie Kulturszene ist wichtig zur Ergänzung, Inspiration und Bereicherung der institutionalisierten Kultur und trägt zu einer kulturellen Vielfalt bei. Die vielen Kulturvereine der Stadt Trier stellen das Kulturangebot auf vielfältige Weise sicher und müssen daher mit allen vorhandenen Möglichkeiten unterstützt werden. Auch die Nachtclubkultur sehen wir als einen zentralen Bestandteil der Kultur in Trier an. Hier wollen wir Hürden abbauen und Kompromisse, sowie Veranstaltungsorte finden. Dieser „weiche“ Standortfaktor macht Kommunen attraktiver für ihre Einwohner\*innen und die Wirtschaft. Die Kommune sollte ein Interesse daran haben, dass sie eine breite Kulturvielfalt anbieten kann und Künstler\*innen in ihr leben können.

Die freie Szene im Ehrenamt entwickelt eine Vielzahl sozio-kultureller Projekte, die zur kulturellen Bildung, Unterhaltung, Geschichts- und Volkstumpflege sowie zur Ausbildung künstlerischer Fähigkeiten dient. Karnevalsvereine, Heimatvereine, Theatergruppen (Kinder, Jugendliche, Studierende, Senioren u.v.m.), Musiker\*innen, Chöre, Bildende Künstler\*innen, aber auch Schriftsteller\*innen und Chronist\*innen verbessern die Lebensqualität vor Ort und tragen durch ihr kulturelles Engagement zu einem sozialeren Miteinander bei. Die Kommune muss diese Gruppen unterstützen. DIE LINKE fordert die gemeinsame Ausarbeitung von Kulturleitlinien mit Kulturschaffenden und -interessierten innerhalb der Kommunen. In diesen Leitlinien soll verbindlich festgelegt werden, in welcher Form und mit welchen finanziellen Mitteln die Kommunen Kulturschaffende bei Kultur- und Kunstprojekten, der Vernetzung von Arbeitsweisen, Beratungsangeboten sowie der Organisation von Proberäumen unterstützen werden und welche Verpflichtungen sie sich gegenüber den Kulturschaffenden setzt.

#### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Die Stadt Trier soll für die freie Szene als Dienstleister fungieren und bei deren Vernetzung und Organisation helfen. Darüber hinaus muss sie ein Ansprechpartner in Finanzierungsfragen für die freie Szene sein!**
- **Die öffentliche Kulturförderung soll transparente Förderrichtlinien entwickeln!**

- **Der Landkreis soll in Anlehnung an die Stadt Trier ein kulturelles Leitbild entwickeln!**
- **Die Stadt Trier soll darauf hinwirken, dass Kulturinstitutionen und die freie Szene miteinander vernetzt und künstlerische Synergien entwickelt werden!**
- **Die Stadt Trier und der Landkreis sollen ein gemeinsames Kulturmarketing für alle kulturellen Angebote in der Stadt und im Landkreis entwickeln!**

### **Sportpolitik / Sportentwicklungsplan**

Auch die Sportarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zum Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebot einer Stadt. Die Tendenz der letzten Jahre zeigt deutlich, dass Fitness-Center mehr Zulauf erhalten, während den Vereinen die Mitglieder, Gelder und Strukturen fehlen. Die städtischen Sportplätze und -hallen sind sanierungsbedürftig und erhalten nur konkurrierend Landesförderung. DIE LINKE fordert, dass die Kommunen Sportentwicklungspläne aufstellen. In diesen Plänen soll das städtische Angebot sowie die (Schul-)Sportstätten ausgebaut werden. Darüber hinaus muss eine Vernetzung der Sportvereine stattfinden, damit sie sich gegenseitig unterstützen können. Die Kommune soll diesen Prozess organisieren, damit nicht nur der Breiten- und Freizeitsport gefördert wird.

Dem Breiten- und Freizeitsport messen wir eine wichtige soziale Bedeutung bei: Er dient der sozialen Verankerung vor Ort, leistet Bildungsarbeit (wie bspw. Schwimmtraining für Kinder), trägt zur Gesundheitsvorsorge bei und dient der Integration und Förderung von Jugendlichen. Er ist der Einstieg auch für Spitzensportler\*innen und leistet von Anfang an frühe Förderung.

#### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Die Erstellung von Sportentwicklungsplänen die Stadt Trier!**
- **Die Förderung des Breiten- und Freizeitsports!**
- **Die Kommune muss die Bildungsarbeit der Vereine fördern!**
- **Sportliches Engagement aus dem Ehrenamt soll durch die Stadt unterstützt und vernetzt werden!**
- **Die Wiederbelebung der Eishalle in Trier!**

## **Freizeitpolitik**

Die städtischen Angebote zur Freizeitpolitik gehören zur öffentlichen Daseinsfürsorge. Bibliotheken, Medien-Center, Jugendtreffs, Schwimmbäder, Eishallen und weitere Einrichtungen müssen in städtischer Hand bleiben bzw. wieder rekommunalisiert werden. Freizeiteinrichtungen dürfen nicht dem Investitionsstau der Kommune zum Opfer fallen. DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang die Einführung einer Investitionspauschale für Freizeiteinrichtungen.

Engagement aus dem sozio-kulturellen Bereich muss gefördert werden. Wenn Einwohner\*innen ehrenamtlich Freizeiteinrichtungen aufbauen, die das kulturelle, pädagogische, sportliche und soziale Angebot der Stadt verbessern, wie z.B. Skatehallen/-parks, Ateliers, Proberäume für Bands und Theatergruppen, soll die Kommune unterstützend helfen und nicht durch bürokratische Hürden Steine in den Weg legen.

DIE LINKE fordert, dass Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen stets barrierefrei sein müssen sowie inklusive Konzepte verfolgen. Sozio-kulturelle Freizeitangebote, die sich Inklusion als Ziel setzen, sollen durch die Kommune begleitet, gefördert und beraten werden. Menschen mit niedrigen Einkommen soll die Teilhabe an diesen Angeboten ermöglicht werden.

### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Die Stadt Trier soll Freizeiteinrichtungen hundertprozentig in öffentlicher Hand belassen. Die mittlerweile in vielen Kommunen gängige Vertragspraxis des „Private-Public-Partnership“ (Öffentlich-private Partnerschaft, ÖPP) ist keine gute Lösung zur Finanzierung öffentlicher Freizeiteinrichtungen. Mithilfe intransparenter Finanzierungsmodelle tragen solche Verträge zur schleichenden Privatisierung des öffentlichen Raumes und zur Enteignung von Gemeindeeigentum bei und werden meist um einiges teurer. ÖPP-Projekte lehnen wir daher ab!**
- **Der Bedarf an Freizeit- und Kulturräumen im sozio-kulturellen Bereich muss durch die Unterstützung der Kommune gedeckt werden!**
- **Die Förderung der Street-Art-Szene!**
- **Einen zukunftsfähigen Standort für die Skatehalle in Trier!**
- **Die barrierefreie Gestaltung aller Kultur-, Sport und Freizeiteinrichtungen!**
- **Stärkung freier gemeinnütziger Kulturstätten!**

### **III. Mobilität, Umwelt und Wirtschaft**

#### **a) Verkehr und Infrastruktur**

Um Trier für die Zukunft fit zu machen, will DIE LINKE eine nachhaltige Verkehrspolitik. Nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch um die Probleme des Trierer Verkehrs zu entschärfen, wollen wir weg vom Auto und stattdessen den Umstieg auf den ÖPNV und das Fahrrad. Außerdem setzen wir uns für höhere Investitionen in die Infrastruktur ein.

#### **Autofreie Innenstadt!**

Der motorisierte Individualverkehr als Mobilitätsgarantie ist längst ein Auslaufmodell und ökologisch nicht mehr vertretbar. Die Verkehrswende muss endlich auch Trier erreichen. Unser Ziel ist die autofreie Innenstadt. Wir begrüßen daher Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Ausweitung der Fußgängerzone. Ein wichtiger Schritt ist, die Karl-Marx- und Brückenstraße für den Autoverkehr zu sperren. Dadurch werden Lärm, Gefahren und Luftverschmutzung reduziert. Der neu hergerichtete Platz an der Karl-Marx-Straße/Brückenstraße wird so für Anwohner\*innen und Gäste attraktiver. Entsprechende Maßnahmen fordern wir auch für die Neustraße. Außerhalb der Innenstadt setzen wir uns für Tempolimits in Wohngebieten, insbesondere in der Nähe von Schulen und Kitas ein. Dadurch sollen gerade für Kinder die Wege sicherer werden. Zugleich soll eine geringere Lärmbelastung die Lebensqualität erhöhen.

#### **ÖPNV stärken!**

Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit Bus und Bahn besser aufstellen.

Daher fordern wir eine deutlich bessere Anbindung der weiter vom Stadtzentrum entfernt liegenden Stadtteile und der umliegenden Ortschaften per Bus und Bahn. Dafür müssen die Taktungen erhöht und die Preise gesenkt werden. Wir wollen, dass Busse auch früh morgens und spät abends fahren. Dadurch soll der ÖPNV auch Menschen im Schichtdienst zu Verfügung stehen und Partygänger\*innen sicher nach Hause bringen. Wir wollen durch mehr Busspuren erreichen, dass der ÖPNV schneller durch die Stadt kommt und so zu einer Alternative zum Auto wird. Parallel dazu streben wir verschiedene verbilligte Preismodelle an, beispielsweise ein verbilligtes Ticket für finanziell Benachteiligte sowie das Kombiticket, das neben der Busfahrt auch zum Besuch z. B. in Schwimmbädern, Museen oder dem Theater berechtigt.

Perspektivisch wollen wir, dass Busse und Regionalbahnen kostenlos genutzt werden können. Das entschärft viele Verkehrsprobleme, fördert den Tourismus und ist sozial gerecht. Um die Finanzierung eines entgeltfreien ÖPNV zu ermöglichen, setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene für die notwendigen Gesetzesänderungen ein. Andere Städte wie Pfaffenhofen in Bayern gehen hier bereits mit Modellprojekten voran.

Im Trierer Busverkehr wollen wir den Einsatz von Elektrobussen vorantreiben, um die Schadstoffbelastung zu vermindern und für einen nachhaltigen ÖPNV zu sorgen. Die E-

Busse sollen dabei ausschließlich mit Ökostrom betrieben werden. Daneben wollen wir die Möglichkeiten anderer Antriebskonzepte erproben. So wollen wir den Einsatz von Brennstoffzellen und Oberleitungsbussen als Alternative zum Elektroantrieb untersuchen.

An Bussen soll für Ehrenämter, gemeinnützige Organisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen geworben werden. So wollen wir ein Gegengewicht zur privatwirtschaftlichen Werbung schaffen und das freiwillige Engagement vieler Bürger\*innen würdigen und zugleich fördern..

Die Reaktivierung der Westtrasse für den Schienen-Personenverkehr und den Ausbau der Osttrasse begrüßen wir im Rahmen eines kommunalen Verkehrskonzepts. Die dafür notwendigen Umbaumaßnahmen wollen wir prioritär behandeln und das Umfeld der Bahnhöfe attraktiv gestalten. Wir befürworten ein Ringbahnkonzept, das auch benachbarte Kommunen auf der Schiene an Trier anbindet und den innerstädtischen Personenverkehr stärker auf die Schiene verlagert. Dazu soll neben dem Regionalverkehr eine S-Bahn aufgebaut werden. Wir wollen, dass Trier stärker an den Bahnverkehr angebunden wird und die Deutsche Bahn unsere Stadt wieder in das Fernzugnetz aufnimmt. Als Oberzentrum braucht Trier direkte Anbindungen über Mannheim und Koblenz hinaus. Eine bessere Anbindung z.B. an die Landeshauptstadt Mainz ist dringend notwendig. Wir machen uns für einen zweigleisigen Ausbau der Eifelstrecke stark.

### **Verkehr für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen verbessern**

Eine sinnvolle Alternative zum Auto ist das Fahrrad. Oft wird behauptet, aufgrund der vielen Höhenstadtteile sei das Fahrrad nicht für den Alltagsverkehr in Trier geeignet. Dies hat sich mittlerweile aufgrund der zunehmenden Verbreitung von E-Bikes und Pedelecs geändert. Es wird Zeit, dass auch die Trierer Verkehrspolitik das erkennt und entsprechend die Interessen des Radverkehrs in den Mittelpunkt stellt.

Bei allen Straßenbauprojekten sollen verpflichtend die Anliegen der Radfahrer\*innen berücksichtigt werden müssen. Zudem muss das bestehende Radwegenetz ausgebaut werden. Wo es sinnvoll ist, wollen wir an Ampelanlagen Fahrradampeln installieren. Außerdem fordern wir sichere und wettergeschützte Raddepots und mehr Fahrradständer im gesamten Stadtgebiet.

Um Anliegen der Fahrradfahrer\*innen stärker in den Fokus zu rücken, fordern wir die Einführung eines oder einer Radfahrbeauftragten. Die Stadt soll auch für Fußgänger\*innen attraktiver werden. Die Ampelschaltungen, etwa an der Aachener Straße/Römerbrücke sind nicht an den Bedürfnissen von Fußgänger\*innen ausgerichtet. Wir wollen längere Grünphasen an Fußgängerampeln sowie eine flächendeckende Ausstattung mit akustischen Signalen.



## **Ökologische Verkehrswende!**

Den Autoverkehr, der trotz Ausbau von ÖPNV und Radwegen anfällt, wollen wir möglichst nachhaltig gestalten.

Anstelle von Verbrennungsmotoren wollen wir in Trier verstärkt auf Elektroautos setzen. Daher soll die Zahl der Ladestationen im Stadtgebiet erhöht werden. Die Ladestationen sollen dabei ausschließlich mit nachhaltig produziertem Strom beliefert werden. Den städtischen Fuhrpark wollen wir komplett auf Elektroautos umstellen und ebenfalls ausschließlich mit Ökostrom aufladen.

Wir wollen die Möglichkeiten des Car-Sharings in der Region Trier vorantreiben. Die weitaus größte Zeit des Tages stehen die meisten Autos ungenutzt herum. Durch ein verstärktes Car-Sharing wird die Zahl der benötigten Parkplätze verringert und es werden weniger Ressourcen für die Herstellung der Fahrzeuge genutzt.

### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Kostenlose Nutzung von Bus und Bahn!**
- **Ausbau der Regionalbahnen!**
- **Radverkehr konsequent fördern!**
- **Umfassende Sanierung der Trierer Straßen!**
- **Reparatur vor Neubau von Straßen, auch in Bezug auf den Moselaufstieg!**
- **Einführung von Fußgänger\*innen- und Radfahrbeauftragten zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer\*innen!**
- **Übernahme von Ampelrotlichtkontrollen durch die Stadt!**

## **b) Energie und Umwelt**

Die Energiewende und die zunehmende Belastung der Umwelt stellen die Politik vor massive neue Herausforderungen. Wir wollen daher, dass Trier zum Vorreiter einer ökologischen Offensive wird. Unser Ziel ist die grüne Stadt.

### **Ökologisch handeln für eine saubere Zukunft**

Bei allen öffentlichen Gebäuden in Trier sollen energetische Sanierungen durchgeführt werden. Außerdem wollen wir auf den Dächern möglichst aller öffentlichen Gebäude in Trier Solaranlagen installieren. Alle öffentlichen Gebäude in Trier sollen ausschließlich mit Ökostrom beliefert werden.

Die Stadtwerke Trier wollen wir zu einem Vorreiter in Sachen nachhaltige Energieversorgung machen. Beteiligungen an Kohle- oder Atomkraftwerken lehnen wir kategorisch ab, und zwar nicht erst seit dem Fiasko bei der Beteiligung am RWE-

Steinkohlekraftwerk Hamm („GEKKO-Projekt“). Stattdessen soll die SWT sich alleine auf ökologische Energiequellen konzentrieren und einen 100 % nachhaltigen Strommix produzieren. Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung und Abwasserreinigung wollen wir in kommunaler Hand halten bzw. rekommunalisieren. Das heißt, dass verkaufte Unternehmensanteile wieder in städtisches Eigentum überführt werden müssen. Dadurch werden langfristig die demokratischen Einflussmöglichkeiten erhalten und gestärkt. Gewinne kommen so der Allgemeinheit zugute.

Wir machen uns zudem stark für eine Abschaltung der Atomkraftwerke in Cattenom (Frankreich) und Tihange (Belgien) und sprechen uns gegen das Atommülllager in Bure (Frankreich) aus. Wir unterstützen das Vorhaben, eine Klage gegen den Betrieb des AKW Cattenom anzustrengen.

### **Umwelt schützen und erhalten**

Waldflächen und innerstädtische Grünanlagen wollen wir bewahren. Wir werben dafür, mehr innerstädtische Flächen zu bepflanzen und dies auch bei Bauprojekten stärker zu berücksichtigen. Das verschönert nicht nur das Erscheinungsbild des öffentlichen Raums, sondern dadurch wird auch das Problem der Schadstoffbelastung der Trierer Luft entschärft sowie die Ökobilanz und die Luftqualität in der Stadt verbessert. Wir sprechen uns explizit gegen ein Baugebiet am Brubacher Hof aus.

Die Mosel ist ein wichtiges Naherholungsgebiet. Die Uferbereiche sind jedoch oft vermüllt und daher weniger einladend. Zudem wird die Sauberkeit der Mosel immer wieder kritisiert. Wir wollen darum, dass die Stadtverwaltung einen Plan zur Ufer- und Gewässersauberkeit erarbeitet.

Das Projekt „Essbare Stadt“ begrüßen wir und wollen wir künftig ausweiten. Nutzpflanzen, die auf öffentlichen Flächen wachsen und von allen Trierer Bürger\*innen geerntet werden können, sorgen für mehr Vielfalt im Ökosystem der Stadt und schaffen ein anderes Bewusstsein der Menschen für den Umgang mit Lebensmitteln.

Wir fordern einen Aktionsplan Ökologie, in dem die kommunalen Handlungsoptionen im Bereich Mülltrennung und Müllvermeidung, Energieeffizienz, Grünflächenbewirtschaftung, Insektenschutz und der Erhalt von Naturschutzräumen festgeschrieben werden. Darin müssen die Vermeidung von Insektiziden und Pestiziden auf öffentlichen Flächen, ein Konzept zur Luftreinheit sowie Maßnahmen zum Artenschutz, beispielsweise die Pflanzung heimischer Gehölz- und Blühpflanzen festgeschrieben werden. Zur Müllvermeidung wollen wir eine Steuer auf Einwegverpackungen auf den Weg bringen. Darunter sollen auch Einwegbecher fallen. Als Alternative wollen wir ein Pfandsystem etablieren. Mit der Uni und der Hochschule verfügt die Stadt über wichtige Kooperationspartner zur wissenschaftlichen Begleitung und Kontrolle der Maßnahmen.

Die regionale Tierschutzarbeit wollen wir fördern und dazu in Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen einen sachgerechten Betrieb des Tierheims sicherstellen. Wir wollen dabei eine gemeinsame Finanzierung durch die Stadt Trier und die Landkreise

erreichen, um die Tierschutzvereine unabhängiger von Spenden zu machen. Die Begünstigung für aus dem Tierheim übernommene Hunde bei der Hundesteuer begrüßen wir.

Private Feuerwerke führen zu einer erheblichen Luftbelastung und Verschmutzung der Stadt. Die Stadt wird aufgefordert, Maßnahmen zu prüfen, um diese Auswirkungen zu reduzieren.

#### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Ökologie vor Wirtschaftlichkeit!**
- **Öffentliche Gebäude nachhaltig bauen!**
- **Städtische Gebäude energieeffizient sanieren!**
- **Ökostrom statt Atomenergie!**
- **Mehr Grünanlagen!**
- **Verwendung ökologisch erzeugter Lebensmittel!**
- **Naturräume und Insekten schützen!**
- **Artgerechte Tierhaltung!**
- **Wildtierverbot in Zirkussen!**
- **Mehr Solaranlagen auf öffentliche Gebäude!**

#### **c) Wirtschaft und Einzelhandel**

Wir wollen, dass sich die Wirtschaft in Trier nach ökologischen und sozialen Kriterien ausrichtet und langfristig ein Garant für gute und sichere Arbeitsplätze und lokale Lieferketten bleibt.

Die Trierer Innenstadt hat einen für Einheimische und Tourist\*innen attraktiven Einzelhandel. Wir wollen, dass das insbesondere vor dem Hintergrund steigender Anteile des Onlinehandels auch so bleibt.

Daher setzen wir uns dafür ein, anstatt großer Ketten vermehrt kleine und mittelständische Einzelhandelsgeschäfte und Gastronomiebetriebe in die Innenstadt zu bringen. Zu diesem Zweck wollen wir die Explosion der Pachtpreise insbesondere in den 1a- und 1b-Lagen aufhalten. Dies kann beispielsweise durch planungsrechtliche Vorgaben in Bebauungsplänen erfolgen.

Durch eine attraktive Platz- und Straßengestaltung und durch eine vielseitige Restaurant- und Cafélandschaft mit gemütlichen Außengastronomieflächen wollen wir die Innenstadt lebendig halten.

So kann der einzigartige Charakter und eine attraktive Innenstadt weiter ausgebaut werden.

Die Ansiedlung großer Einzelhandelsunternehmen „auf der grünen Wiese“ vor den Toren der Stadt sorgt dafür, dass weniger Menschen unsere Innenstadt aufsuchen. Das führt insbesondere bei kleinen Läden und Gastronomiebetrieben zu erheblichen Umsatzeinbußen und gefährdet deren Existenz. Letztlich leidet die Attraktivität unserer Innenstadt darunter. Wir betrachten diese Ansiedlungen daher mit großer Skepsis. Die Zersiedlung des Stadtgebietes kann nicht der richtige Weg sein. Jedoch fordern wir für die Außenstadtteile eine umfängliche und vielseitige Nahraumversorgung vor allem in den Bereichen der existenziellen Grundbedürfnisse.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Trier und der Region insbesondere regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Dabei wollen wir einen möglichst schonenden Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen sicherstellen. Im Einzelhandel wollen wir ein größeres Angebot an Produkten aus biologischem und regionalem Anbau. Im Stadtrat setzen wir uns dafür ein, dass die Stadtverwaltung Trier dies durch ihre Beschaffungs- und Vergabep Praxis bestmöglich unterstützt. Die Ausdehnung des Wochenmarktes, auf dem besonders viele regionale Produkte angeboten werden, auch in die Abendstunden hinein, begrüßen wir.

DIE LINKE fordert gute Löhne, sichere Arbeitsplätze und eine starke betriebliche Mitbestimmung für die Trierer Beschäftigten. Wir unterstützen gute Arbeitsbedingungen und kämpfen an der Seite der Arbeitnehmer\*innen. Bei den Beschaffungen und Auftragsvergaben der Stadtverwaltung will die Linksfraktion höchstmögliche Standards in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Löhne sicherstellen. Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen in Trier spielt für uns auch die Qualität der Arbeitsplätze eine wichtige Rolle. Wir wollen zudem, dass die Stadt Trier als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel vorangeht und sichere, fair bezahlte Jobs mit besten Arbeitsbedingungen anbietet.

**Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Kleine Läden statt große Ketten in der Innenstadt!**
- **Keine Ansiedlung von Einzelhandelsriesen außerhalb der Stadt!**
- **Nahraumversorgung in allen Stadtteilen sicherstellen!**
- **Regionale und ökologische Wirtschaftskreisläufe!**
- **Gute und sichere Arbeitsplätze!**

## **d) Digitalisierung**

Die Digitalisierung umfasst alle Bereiche der Gesellschaft. Niemand kann sich der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung entziehen – auch nicht die Stadt Trier. Wir wollen daher die Stadt wegweisend für die digitale Zukunft machen.

### **Digitale Infrastruktur ausbauen!**

Um Trier fit für die Zukunft zu machen, wollen wir die Vorteile der digitalen Welt für die Stadt nutzen. Dazu gehört für uns, allen Menschen den bestmöglichen Zugang zum Internet zu ermöglichen.

Schnelle Internetverbindungen sind nicht nur ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen geworden, sondern machen auch die Attraktivität eines Wohngebiets aus. Daher wollen wir schnelles Internet im gesamten Stadtgebiet zur Verfügung stellen und dafür sorgen, dass die Internetanbindung in Trier auch in Zukunft mit der technischen Entwicklung Schritt hält.

Wir wollen ganz Trier, insbesondere die Fußgängerzone und alle öffentlichen Gebäude, mit kostenlos nutzbaren WLAN-Hotspots ausstatten. Die gegenwärtige Lösung in Kooperation mit den Stadtwerken finden wir nicht optimal – insbesondere die zeitliche Begrenzung der Nutzung lehnen wir ab. Darüber hinaus wollen wir, dass die Stabilität des WLAN deutlich verbessert wird.

### **Chancen der Digitalisierung nutzen!**

Das Angebot von Computerkursen – nicht nur für Senior\*innen – bei der VHS wollen wir ausbauen. Auch an den Schulen in Trier wollen wir einen pädagogisch sinnvollen Einsatz von digitalen Medien zur Unterstützung des Unterrichts und zum Erlernen eines verantwortungsbewussten Umgangs mit der digitalen Welt. Dazu müssen die notwendigen digitalen Infrastrukturen als auch die entsprechende Ausstattung vom Schulträger bereitgestellt werden. Zu deren Betreuung soll qualifiziertes IT-Personal angestellt werden.

Chancen bietet die Digitalisierung auch für Kultur und Tourismus, um neue Zielgruppen zu erschließen und das Angebot für bestehende Zielgruppen zu erweitern. Durch Anwendungen im Bereich der sogenannten Augmented Reality („erweiterte Realität“) wäre es beispielsweise möglich, bei Stadtführungen oder Museumsbesuchen auf dem Smartphone zusätzliche Informationen oder interessante Visualisierungen zu Sehenswürdigkeiten oder Exponaten einzublenden.

Ebenfalls können digitale Lösungen zur intelligenten Steuerung des Stadtverkehrs beitragen. Vernetzte Systeme, wie etwa dynamische Ampelschaltungen und Geschwindigkeitsanzeigen ermöglichen es, schnell auf Störungen und Veränderungen im Verkehr zu reagieren. Auch könnte ein digitales Parkleitsystem Verkehr vermeiden und mit Sensoren ausgestattete öffentliche Mülleimer die Routen der Entsorgungsbetriebe effizienter machen.

## **Stadtverwaltung digitalisieren!**

Die Digitalisierung bietet auch Chancen zum Bürokratieabbau. Wir wollen, dass möglichst viele Behördengänge online erledigt werden können. Diese Angebote müssen dann auch barrierefrei und nutzer\*innenfreundlich zur Verfügung stehen. So werden in vielen Bereichen die Bearbeitungszeiten verkürzt – wovon am Ende alle profitieren.

Innerhalb der Stadtverwaltung setzen wir uns für das papierlose Büro und die elektronische Akte (eAkte) ein. Dabei steht im Vordergrund, alle Arbeitsplätze technisch bestmöglich auszurüsten und mit der digitalen Entwicklung Schritt zu halten. Alle Beschäftigten müssen beim Einsatz neuer Programme ausreichend geschult werden.

Einen weiteren Personalabbau durch die zunehmende Digitalisierung lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir das vorhandene Personal in der Stadtverwaltung durch die digitalen Möglichkeiten entlasten.

Für Dienstleistungen, bei denen nicht komplett auf eine persönliche Vorsprache verzichtet werden kann, wollen wir durch Ausbau und Verbesserung von Online-Terminreservierungen die Wartezeiten optimieren.

Bei Softwareprogrammen, die in der Stadtverwaltung eingesetzt werden, wollen wir prüfen, ob der Einsatz von Open-Source-Programmen sinnvoll ist. Dadurch lassen sich gegenüber kommerziellen Produkten privater Firmen, z. B. Microsoft oder Apple, Lizenzgebühren einsparen. Dabei wollen wir von dem am Forschungsstandort Trier vorhandenen Know-How profitieren, indem wir bei der (Weiter-)Entwicklung von Verwaltungsprogrammen mit der Universität und der Hochschule kooperieren wollen.

Zur Realisierung dieser Maßnahmen soll die Stadt Trier bei der Vergabe von Aufträgen für digitale Systeme auch ein besonderes Augenmerk auf Aspekte des Datenschutzes und der Datensicherheit richten. Unternehmen, die solche Aufträge annehmen wollen, müssen sich am verantwortungsvollen Umgang insbesondere mit personenbezogenen Daten messen lassen.

In der Stadtverwaltung müssen höchste Datenschutzbestimmungen umgesetzt werden, damit die Daten der Einwohner\*innen geschützt bleiben und weder Datenklau noch sonstiger Missbrauch von persönlichen Daten drohen. Die Einwohner\*innen müssen ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung haben und damit grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten bestimmen können.

### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Schnelles Internet und öffentliche WLAN-Hotspots in Trier!**
- **Kreative digitale Konzepte!**
- **Online-Behördengänge und papierlose Büros!**
- **Intelligente Systeme zur Verkehrssteuerung!**
- **Verantwortungsvoller Umgang mit Daten!**

- **Glasfaser bis zur Haus- und Unternehmenstür!**
- **Ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung!**
- **Höchsten Datenschutz!**

## **IV. Kommunale Demokratie, Verwaltung und Finanzen**

### **a) Mitbestimmung, Demokratie**

Die Kommune ist die politische Entscheidungsebene, in der die Bürger\*innen am direktesten an der Politik mitwirken können. DIE LINKE fordert, die Entscheidungswege transparenter zu gestalten und die Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohner\*innen zu stärken. DIE LINKE will bei Bürger\*innenbeteiligungen auch über andere Verfahren, Entscheidungen erhalten, indem klassische Abstimmungsverfahren z.B. durch Methoden der Konsensfindung (systemisches Konsensieren) ersetzt werden. Direkte Bürger\*innenbeteiligung wirkt Politikverdrossenheit stark entgegen.

#### **Mitbestimmung stärken!**

Wir wollen die Einwohner\*innen durch Bürgerforen und Stadtteilkonferenzen direkt und frühzeitig in Planungs- und Entwicklungsprozesse einbeziehen und über strittige Themen entscheiden lassen. Bei Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Schul-/Kita-Entwicklungsplanung gehören die Bürger\*innen, egal ob jung oder alt, mit an den Planungstisch. Wir wollen, dass künftig mehr Bürgerentscheide stattfinden, insbesondere bei zentralen politischen Fragestellungen. Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, die Hürden für Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene zu senken und Beteiligung leichter zu ermöglichen. Ebenso sind bei Bürger\*innenbegehren andere Formen der Lösungsfindung zu entwickeln und zu erproben.

Bereits bestehende Möglichkeiten der Bürger\*innenbeteiligung, z. B. Diskussionsforen, Anhörungen und die Angebote der Plattform „[trier-mitgestalten.de](http://trier-mitgestalten.de)“ wollen wir durch eine bessere Öffentlichkeitsarbeit und mehr Werbung bekannter machen.

#### **Demokratische Bildung voranbringen**

Wir wollen alle Trierer\*innen auch schon in jungen Jahren an der Mitwirkung unserer städtischen Politik beteiligen und Demokratie auch im Alltag leben. Daher wollen wir z. B. bei der Neuverhandlung von Trägerverträgen über Standards verhandeln, mit denen bereits Kitas demokratisch gestaltet werden können. Beim Land werben für eine umfassende Demokratisierung der Schulen – die Landeschüler\*innenvertretung (LSV) hat bereits 2008 entsprechende Vorschläge vorgelegt.

Vereine und Initiativen, die sich für die Demokratie und die Demokratiebildung einsetzen, wollen wir durch jährliche Fördermittel unterstützen. Dabei kann – analog

zum städtischen Fördertopf im Rahmen des Kulturleitbildes – die Förderung anhand eines festgelegten Mottos ausgerichtet werden.

### **Mehr Transparenz für mehr Demokratie!**

Den Bürgerhaushalt, in dem die Einwohner\*innen selbst Vorschläge machen können, wie in Trier das Geld der Stadt eingenommen und ausgegeben wird, wollen wir stärken und effizienter gestalten. Dazu wollen wir die Art und Weise, wie der städtische Haushalt dargestellt und diskutiert wird, transparenter und nachvollziehbarer gestalten. Wir fordern auch, dass dem Bürgerhaushalt ein festes Budget zugewiesen wird, über dessen Verwendung die Einwohner\*innen entscheiden.

Wir fordern die Entwicklung eines konkreten Planes, in dem die einzelnen Verfahrensschritte für mehr Bürger\*innenbeteiligung festgelegt werden. Um die Bestrebungen der Stadt, mehr Demokratie zu wagen, auch überprüfen zu können, fordern wir die Einführung eines öffentlichen jährlichen Berichts über den Stand der Bürgerbeteiligung. Diese Demokratie-Bilanz soll den politischen Entscheider\*innen regelmäßig vor Augen führen, wo es Verbesserungsbedarf bei der Beteiligung der Bürger\*innen gibt und eine regelmäßige Debatte über verschiedene Instrumente der Mitbestimmung anstoßen.

Das Handeln von Politik und Verwaltung in Trier soll transparenter werden. Transparenz ist die Grundlage für eine gelungene demokratische Beteiligung. Die Live-Übertragung von Stadtratssitzungen ist dafür ein wichtiges Element, das wir beibehalten wollen.

Um das Handeln von Politik und Verwaltung nachvollziehbarer zu machen und eine bessere Mitbestimmung zu ermöglichen, wollen wir für eine verständlichere Darstellung der Beschlüsse der städtischen Gremien sorgen. Dies betrifft insbesondere den Haushaltsplan.

### **Beteiligung für Alle ermöglichen!**

Immer noch sind viele Menschen jedoch von der Mitgestaltung der Trierer Politik ausgeschlossen. Wir treten für ein Wahlrecht für alle Menschen ein! Dazu fordern wir ein Wahlrecht ab 16 Jahren, ebenso wie für alle Einwohner\*innen, die seit mindestens drei Monaten in Trier leben – unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

Die Möglichkeit, sogenannte Expert\*innenanhörungen im Stadtrat und in den Ausschüssen durchzuführen, wollen wir künftig stärker nutzen. Auch wollen wir, dass Vertreter\*innen von Interessensgruppen, z. B. Kinder, Schüler\*innen, Jugendliche, Studierende, Senior\*innen, etc., mit beratender Stimme an Stadtrats- und Ausschusssitzungen teilnehmen können.

Wir wollen den politischen Einfluss der Beiräte – den Seniorenbeirat, das Jugendparlament, den Beirat für Migration und Integration und den Behindertenbeirat – stärken. Dazu finden wir es sinnvoll, die Beiräte mit einem Veto- und Vorschlagsrecht auszustatten, wenn es um Themen geht, von denen diese Menschen direkt betroffen



sind. Auch fordern wir eine Direktwahl aller dieser Gremien durch die Adressatengruppen, wie es beim Jugendparlament und dem Beirat für Migration und Integration schon geschieht.

#### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Trier mit den Bürger\*innen entwickeln!**
- **Stadtteilkonferenzen und Bürger\*innenforen durchführen!**
- **Bauleitplanung mit und für die Bürger\*innen!**
- **Bürgerentscheide bei wichtigen Themen!**
- **Mehr Transparenz in Politik und Verwaltung!**
- **Bürgerhaushalt stärken!**
- **Wahlrecht für alle!**
- **Beiräte stärken!**

#### **b) Bürger\*innenfreundliche Verwaltung**

Wir sehen in der Stadtverwaltung für die Trierer\*innen eine Dienstleisterin und eine Arbeitgeberin. Eine zukunftsfähige Kommunalverwaltung muss sich auf die Erwartungshaltung und Bedürfnisse der Bürger\*innen einstellen. Sie sind nicht nur als „Kund\*innen“, sondern auch als politische Auftraggeber und Mitgestalter kommunalen Lebens zu verstehen. Aus unserer Sicht müssen sie maßgebliche Akteure bei der Neugestaltung der kommunalen Verwaltung sein. Die Verwaltung muss für jeden Menschen verständlich sein, daher wollen wir in der Verwaltung Informationen in einfacher Sprache anbieten. Verwaltungsangestellte sollen dementsprechend im Umgang mit leichter Sprache geschult werden.

DIE LINKE tritt für eine Verwaltung ein, die eine gute und an den Beschäftigten orientierte Personalführung, Chancengleichheit, Vielfalt, Gesundheit und Kompetenz als wesentliche Eckpfeiler verwirklicht. Denn Beschäftigte, deren Bedürfnisse nach Anerkennung, Eigenverantwortung, Entwicklung und einer ausgeglichenen Balance zwischen Leben und Arbeit berücksichtigt werden, sind engagierter, kreativer und können sich eher mit ihrer Aufgabe, eine den Bürger\*innen zugewandte Verwaltung zu sein, identifizieren. Eine gute Zusammenarbeit der Bürger\*innen und der Mitarbeiter\*innen ist für DIE LINKE die Grundlage einer Reform der Verwaltung. Durch den demografischen Wandel und die Forderungen der Bürger\*innen nach mehr Transparenz, Inklusion, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit muss die öffentliche Verwaltung sich für Entwicklungen der modernen Arbeitswelt öffnen - u.a. auch um attraktive Jobperspektiven für junge Arbeitskräfte zu bieten. DIE LINKE kämpft dafür, dass das betriebliche Gesundheitsmanagement die physische und psychische Gesundheit der Mitarbeiter\*innen fördert und ältere Menschen darin unterstützt, gesund das Rentenalter zu erreichen. Befristete Arbeitsverhältnisse sollen in

Festanstellungen überführt werden, um Mitarbeiter\*innen langfristige Perspektiven bieten zu können.

Einer zunehmenden Ökonomisierung der Verwaltung stellen wir uns mit aller Kraft entgegen. Einer Reduzierung der Produkte und Leistungen, Personaleinsparungen durch Auslagerungen, Digitalisierung und Rationalisierungen kommunaler Aufgabenfelder werden wir wirksam entgegentreten. Wir setzen uns dafür ein, dass trotz zunehmender Digitalisierung/EGovernment der persönliche Service in Form kompetenter Beratung und Unterstützung für die Bürger\*innen, die dies wünschen bzw. benötigen, erhalten bleibt.

**Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Bürger\*innenahe Verwaltung!**
- **Persönlichen Service erhalten!**
- **Betriebliches Gesundheitsmanagement stärken!**
- **Beste Arbeitsbedingungen für die städtischen Beschäftigten!**

### **c) Finanzen und Steuern**

Kommunalpolitik kann nur wirken, wenn die Städte und Gemeinden mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Die Finanzen der Stadt gehen daher uns alle an!

Denn in Trier treffen die „schwarze Null“ des Bundes und die Schuldenbremse des Landes direkt auf die Bürger\*innen. Besonders besorgniserregend ist der Stau bei den Investitionen (Schulgebäude, kommunaler Wohnungsbestand, Straßen).

DIE LINKE hat als einzige Partei immer vor den Folgen des Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) gewarnt. Dieses Instrument verpflichtet die Stadt zu schmerzhaften Einsparungen bei den sogenannten freiwilligen Leistungen – darunter Kultur, Infrastruktur und Soziales. Und sogar die Schuldenerleichterungen, die Trier aus dem KEF erhält, können keinen spürbaren Beitrag zur Senkung der Trierer Verschuldung leisten.

Wir werden unseren Widerstand gegen den KEF daher auch nach der Wahl fortsetzen und uns nicht in vorauseilendem Gehorsam dem von der Landesregierung auferlegten Sparzwang beugen.

Leider missachten Landes- und Bundesregierung die wahren Ursachen für die hohe Verschuldung der Kommunen: Die finanzielle Ausstattung der Kommunen wurde in der Vergangenheit immer weiter gekürzt. Gleichzeitig bekommen Städte und Gemeinden aber immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne dass ein entsprechender finanzieller Ausgleich sichergestellt wird. Und dass, obwohl der Verfassungsgerichtshof bereits festgestellt hat, dass die Finanzierung der rheinland-pfälzischen Kommunen

verfassungswidrig ist, weil die Zahlungen an die Städte und Gemeinden zu niedrig sind. Nach Ansicht der kommunalen Spitzenverbände konsolidiert Rheinland-Pfalz seinen Landeshaushalt auf Kosten von Städten, Gemeinden und Kreisen.

Als Alternative zur fatalen Sparpolitik fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung der Städte. Wir wollen, insbesondere vor dem Hintergrund von Rekord-Haushaltsüberschüssen beim Bund in den letzten Jahren, dass die Kommunen einen höheren Anteil aus dem gesamten Steueraufkommen erhalten. Außerdem wollen wir eine strikte Einhaltung des sogenannten Konnexitätsprinzips. Es ist fatal, dass im Land und im Bund politische Entscheidungen getroffen werden, die ohne Ausgleich von den Kommunen bezahlt werden müssen. Für uns gilt die Maßgabe: Wer bestellt, der zahlt!

Nur so kann die unsoziale und Zukunft gefährdende Kürzungspolitik in den Kommunen endlich gestoppt werden.

Die Gewerbesteuer wollen wir umbauen zu einer umfassenden und krisenfesten Gemeindegewerbesteuer, mit der auch Mieten und Pachten sowie die Gewinne von Freiberufler\*innen (wie z. B. Ärzt\*innen oder Architekt\*innen) besteuert werden. Jedoch werden die sozialen Belange kleiner Unternehmen und Existenzgründer\*innen bei der Bemessungsgrundlage berücksichtigt. Des Weiteren sind die Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und die Lizenzgebühren in voller Höhe bei der Ermittlung der Steuerbasis zu berücksichtigen. Angemessene Freibeträge für kleine Unternehmen und Existenzgründer\*innen werden jedoch festgelegt. Für eine entsprechende Reform treten wir auf Bundesebene ein.

Die Grundsteuer, die von den Vermieter\*innen auf die Nebenkosten umgelegt wird, wollen wir nicht erhöhen. Stattdessen wollen wir über eine höhere Gewerbesteuer größere Unternehmen stärker an der Finanzierung der städtischen Ausgaben für die Bereitstellung der städtischen Infrastruktur beteiligen.

Ausgewählte Gebühren wollen wir erhöhen, um eine Refinanzierung des städtischen Handelns sicherzustellen. Dabei steht für uns die soziale Verträglichkeit im Vordergrund – die Erhöhung von Preisen für den öffentlichen Nahverkehr oder für öffentliche Einrichtungen (z. B. Theater, Musikschule oder Freibäder) lehnen wir konsequent ab.

Um eine solide Finanzierung der städtischen Ausgaben sicherzustellen, wollen wir prüfen, welche Steuern die Stadt Trier aus eigener Kraft erheben kann.

So haben wir uns in der letzten Wahlperiode erfolgreich für die Wiedereinführung der Tourismussteuer eingesetzt und auch dafür geworben, eine Strafsteuer auf leerstehende Wohnungen zu erheben. Diese Politik werden wir nach der Wahl fortsetzen. Die übermäßige Belastung Studierender durch die Zweitwohnungsteuer wollen wir beseitigen. Glücksspiel wollen wir stärker besteuern, auch zur Suchtprävention. Eine Erhöhung der Tourismussteuer wollen wir prüfen.

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist nach Auffassung der Partei DIE LINKE zu sichern, zu fördern und zu verbessern, da sie ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Finanzen ist. Kommunale Unternehmen sowie deren Gründungen müssen

daher seitens des Bundes gefördert werden, vornehmlich in Organisationsformen des öffentlichen Rechts (Regiebetriebe, Eigenbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts). Die SWT kann als gutes Beispiel für Trier genannt werden. Privatisierungen von ehemals städtischen Betrieben müssen rückgängig gemacht und rekommunalisiert werden. Die Zusammenarbeit kommunaler Unternehmen in der Stadt sollte gestärkt und effizienter gestaltet werden. Die öffentliche Daseinsvorsorge (medizinische Versorgung, Pflege u.a.) soll zunehmend in städtische Trägerschaft überführt werden. Soziale und ökologische Kriterien müssen für kommunale Unternehmen selbstverständlich werden. Diese Maßnahmen fördern nicht nur regionale Wirtschafts- und Finanzkreisläufe und schaffen Arbeitsplätze in den Kommunen, sie sorgen auch dafür, dass vor Ort erwirtschaftetes Geld nicht abfließen, sondern den Bürger\*innen vor Ort zu Gute kommen kann. Dies stärkt in vielerlei Hinsicht die Einnahmeseite der Kommunen.

Die Praxis, Haushaltspläne und Haushaltssatzungen nicht mehr jährlich, sondern alle zwei Jahre als Doppelhaushalt zu beschließen, lehnen wir ab. Für die den Trierer Haushalt fordern wir die Rückkehr zur jährlichen Haushaltsaufstellung.

**Deshalb fordert DIE LINKE:**

- **Schluss mit der unsozialen Sparpolitik!**
- **Austritt aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF)!**
- **Bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen durch Land und Bund!**
- **Einhaltung des Konnexitätsprinzips!**
- **Ausschöpfung des kommunalen Steuerfindungsrechts!**
- **Strafsteuer für Wohnungsleerstand!**